**Drucksache
7311/2014-2020**

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende
Stenner Straße 22
33613 Bielefeld
Mobil: 0171/3436072
E-Mail:
barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de

Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld
Telefon: 0521/51 50 80
Telefax: 0521/51 81 10
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Bielefeld, 17.09.2018

Antrag: Kosten der Unterkunft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Zur Sitzung des Rates am 27.09.2018 stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat beschließt:

1. Die Stadt informiert alle Bezieher von Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter über die Rechtslage zur Übernahme der Kosten der Unterkunft im Sinne der ständigen Rechtsprechung vom Bundessozialgericht. Zudem informiert die Stadt Leistungsberechtigte über ihr Recht, dass eine Selbstverpflichtung zur Bezahlung von Mietanteilen, die den KDU-Satz übersteigen, zurückgenommen werden kann.
2. Ab sofort berücksichtigt die Stadt Mietkosten bis zur Höhe der Werte aus der Wohngeldtabelle plus Sicherheitszuschlag von 10%.
3. Bisher zu Unrecht nicht gezahlte Mietanteile werden unbürokratisch allen betroffenen und ehemals betroffenen Leistungsbeziehern rückwirkend seit dem Urteil vom Bundessozialgericht (Urteil B 4 AS 18/09 R vom 22. September 2009) erstattet. Da Zuzahlungsverpflichtungen auf Grund gesetzeswidrigen Richtlinien abgegeben wurden, sind sie als unwirksam zu betrachten.

Begründung:

Inzwischen hat auch der ehemalige Landtagsabgeordnete und Vorsitzende vom Landtagsausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales Günter Gabrecht die Gesetzeswidrigkeit der Bielefelder Richtlinien für die Kosten der Unterkunft bemängelt: **„Die Stadt Bielefeld unterläuft seit vielen Jahren ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und verstößt damit gegen das Grundgesetz.“** [Zitat aus der NW vom 14.09.2018]

Spätestens seit dem Urteil vom Bundessozialgericht aus dem Jahr 2009 ist klar, dass die Miet-Richtlinien der Stadt Bielefeld gesetzeswidrig sind. Solange die Stadt nicht mit einem schlüssigen Konzept die Mietobergrenzen nachvollziehbar begründen kann, gelten dafür die Werte der Wohngeldtabelle zuzüglich eines 10-prozentigen Sicherheitszuschlages.

Zu Unrecht sind Bezieher von Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter in Bielefeld seit vielen Jahren gezwungen, hohe Beträge aus dem schon zu niedrigen Regelsatz zur Miete zuzuzahlen. Die Ratsfraktion DIE LINKE kritisiert dies seit Jahren mit Verweis auf die ständige Rechtsprechung vom Bundessozialgericht. Noch im Ende 2017 wurde der Antrag der LINKEN von allen anderen Parteien abgelehnt, dass entsprechend dem Urteil vom Bundessozialgericht die Wohngeldtabelle für die Kosten der Unterkunft heranzuziehen ist, solange kein schlüssiges Konzept vorliegt.

Aufgrund des öffentlichen Drucks berücksichtigen Sozialamt und Jobcenter inzwischen zwar höhere Mieten entsprechend der Rechtsprechung. Allerdings müssen Bedarfsgemeinschaften dies erst beantragen und zudem noch ankündigen, dass sie notfalls vor Gericht klagen. Nur dann werden ihre höheren Mieten von der Stadt übernommen und nicht zur „Kostensenkung“ durch Auszug, Untervermietung, Selbstverpflichtung zur Zuzahlung o.ä. aufgefordert.

Da die Leistungsberechtigten meist keine Informationen über die tatsächliche Rechtslage haben und die Aussicht auf eine preiswertere Wohnungen gering ist, glauben viele Betroffene noch immer, sie müssten sich zur Zuzahlung selbstverpflichten, und zwar auf Basis unrechtmäßigen Richtlinien-Werte. Auch über die Möglichkeit der Rücknahme einer Selbstverpflichtung wurden die Leistungsberechtigten von der Stadt bislang nicht informiert. Im Gegenteil: Einigen Leistungsberechtigten, die ihre Zustimmung zurücknehmen wollten, wurde dies mit der Aussage, höhere Wohnkosten könnten nicht berücksichtigt werden, nachweislich sogar versagt!

Zur Erstattung der Mietbeträge, die Betroffene in der Vergangenheit zu Unrecht aus ihrem Regelsatz begleichen mussten, müssen Betroffene erst einen Überprüfungsantrag nach §44 SGB X stellen und drohen, dass sie notfalls vor Gericht gehen. Damit können Betroffene aber nur für das laufende und das letzte Kalenderjahr ihr Recht durchsetzen. Jedes Jahr, indem Politik und Verwaltung die Umsetzung von Recht und Gesetz weiter hinauszögern führt dazu, dass Ansprüche verjähren. Das ist nicht hinnehmbar.

Daher fordert DIE LINKE, dass die Stadt rückwirkend ab dem Urteil vom Bundessozialgericht im Jahr 2009 alle zu Unrecht vorenthaltenen Gelder erstattet. Damit würde zumindest ein Teil des Unrechts gutgemacht. Offen blieben weiterhin Ansprüche auf Entschädigungen, Schmerzensgeld usw. über zivilrechtliche Verfahren: Dadurch dass die Stadt über einen so langen Zeitraum gesetzwidrig Gelder aus dem Regelsatz vorenthalten hat, fehlt Geld für gesunde Ernährung. Für Kinder im Wachstum fehlt Geld für das Notwendigste wie größere Kinderschuhe, Kleidung oder ein größeres Kinderbett, und Teilhabe am öffentlichen Leben ist gänzlich unmöglich.

Bei dem jahrelang erlittenen Unrecht darf man sich im Übrigen nicht wundern, wenn immer mehr Menschen im Gefühl der Ohnmacht nicht mehr an Wahlen teilnehmen oder auch aus Protest rechte Parteien wählen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Schmidt

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE